Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 18 (1926)

Heft: 11

Artikel: Die Entwicklung zum positiven Staatsbolschewismus

Autor: Zienau, Oswald

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352247

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Glücklicherweise kommt das von der fascistischen Regierung dekretierte Gesetz, das dem Unternehmertum die Einführung des Neunstundentages gestattet, ohne die neunte Stunde bezahlen zu müssen, meist nur in rein ländlichen Gegenden zur Durchführung, wo jede Kontrolle unmöglich ist. Die Industriellen und ihre Verbände bringen nicht den Mut auf, dieses Gesetz zur Anwendung zu bringen, da sie den peinlichen Eindruck fürchten, den sie damit bei den Arbeitern und bei der ganzen nicht direkt interessierten öffentlichen Meinung hervorrufen würden. Der verfolgte und zur Untätigkeit verurteilte Gewerkschaftsbund bereitet somit immer noch Furcht. *Gavroche.*

Die Entwicklung zum positiven Staatsbolschewismus.

Moskau, im August 1926.

Wer nach längerer Abwesenheit zurückkehrt nach Moskau, steht zuerst unter dem Eindruck rein äusserlicher Entwicklungserscheinungen: Eine bemerkenswert starke Bautätigkeit und planmässig getriebene Stadtbildpflege stechen hervor als positive Leistungen; das im europäischen Sinne Negative ist der äussere Mensch. Es wäre sicher nicht gut, beide Erscheinungen als gegensätzlich zu werten, diese ins Zentrum irgendwelcher abschliessender Betrachtungen zu stellen, denn zwischen diesen sofort auffallenden äussern Erscheinungen liegen all die Dinge eines Fortschrittskampfes, die zum allergeringsten Masse in solchen Formen bemerkbar werden dürften...

Eine neue Losung soll das Wirtschaftsleben der Sovietunion in natürlichere, von einer komplizierten Ueberorganisation befreite Bahnen lenken: «Energieökonomie» ist das gegenwärtige Heilwort, das Rykow mit einer Programmrede in die Massen warf, das er den Wirtschaftsführern, den Leitern der Staatsindustrie, den für die Entwicklung des Staatshandels Verantwortlichen zurief. «Energieökonomie» als angewandte Wirtschaftspraxis, soll die Industrietruste und die Handelskontore befreien von den Bergen beschriebenen Papieres, die als Berichte, als langwierige Auseinandersetzungen untereinander und in vielen, vielen andern Anwendungen noch drohen, zu einer weitern Landplage zu werden, wenn man vermeiden will zu sagen, dass diese Landplage schon in allen Ausmassen kräftig blüht. — Schon immer fiel es im bolschewistischen Russland auf, dass die als Planwirtschaft bezeichnete Warenzirkulation auf ein hervorragendes Moment kapitalistischen Wirtschaftsbetriebes nicht Verzicht geleistet hatte: Die Reklame (in vorzüglicher Anpassung an die Besonderheiten neurussischen Volkslebens) beansprucht in den Kalkulationen und Bilanzen Summen, die absolut nicht Vergleiche mit Europa zu scheuen brauchten. Auch gegen diesen «kapitalistischen Unfug» soll die «Energieökonomie» angesetzt werden.

Es hat noch keinen Wert zu beurteilen, ob und wie und in welchem Umfange sich letztlich die «Energieökonomie» bereinigend in der weitern Wirtschaftsentwicklung Russlands auswirken wird. Der gegenwärtige Zustand der russischen Volkswirtschaft lässt nur schwer Schlüsse solcher Art zu. Die Reorganisation der bolschewistischen Wirtschaftsgrundsätze und -praktiken fällt zusammen mit einer Wirtschaftskrise mit nicht geringen Auswirkungen in verschiedener Hinsicht. Nur logisch, dass zwischen Reorganisation und Krise engste Wechselbeziehungen bestehen.

Man kann so nicht gut sagen, dass die gegenwärtige Krise eine der vielen der bolschewistischen Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre ist und auch nicht viel anders auslaufen wird wie die vorangegangenen. Eine in diesem Sinne bedeutungsvolle Begleiterscheinung einer jeden Krise sind die Auseinandersetzungen führender Köpfe der Kommunistischen Partei Russlands. So auch jetzt; und doch, diese Krise hat eine auf andere Töne eingestellte rhetorische Begleitmusik.

Mehr und mehr fällt der Partei als dem ausschliesslichen Organ in der Führung und Kontrolle des Staates und aller ihm anvertrauten Funktionen Verantwortung zu. Mit beispielloser Geduld warten die breiten Massen durch all die Jahre auf Verwirklichung eines Staats- und Gesellschaftslebens, das nun geben soll, was der innere Sinn aller Revolutionskämpfe und -leiden war. Konnte die Partei, konnten die Führer von Staat und Wirtschaft bisher mit einem beispiellosen Geschick, unter kluger Auswertung gegebener Situationen und Komplikationen insbesondere dem Industriearbeiter, aber auch dem armen Bauern den Zukunftsglauben in die Herzen brennen, um eine sehr wenig lebensfrohe Gegenwart zu vergessen, so verlangt nun doch das im primitiv Materialistischen wurzelnde Denken der Arbeiter und Bauern, dass wenigstens eine anfängliche Verbesserung der materiellen Lage der breiten Volksmassen einsetze.

Wir sind in Europa gewöhnt, die primitiven Seiten und Angelegenheiten des menschlichen Lebens und der Volkspsyche zu unterschätzen, dieser Lebensprimitive einen intellektuellen Anstrich zu geben. Die Geschichte hat genügend Beispiele dafür, dass solche Unterschätzungen in Katastrophen enden können. Auch die russischen Revolutionen waren hierfür jüngste Beispiele. So wissen die Führer des Sovietstaates, welche Bedeutung dem Denken und Fühlen der Massen zukommt, und all ihr Tun und Lassen läuft hinaus auf die Befriedigung des gegebenen oder vermeintlichen Willens des industriellen und bäuerlichen Proletariats.

Sind dem Industriearbeiter des Sovietstaates die Agrarprodukte zu teuer, so sind dem russischen Bauer die Industrieerzeugnisse unerschwinglich. War die bisherige Wirtschaftsentwicklung des Sovietstaates begleitet von stetiger aufsteigender Verteuerung aller lebensnotwendigen Produkte, so gipfelt die derzeitige Wirtschaftskrise darin, dass diese Verteuerung zu einem die allgemeine Warenzirkulation verstopfenden Höhepunkt gestiegen ist. Unleugbar liegt in dieser Situation eine Gefahr an sich; zu einem Zeitpunkt, da nach einer verhältnismässig guten Ernte die Lebenshaltung sich verbilligen und damit der langersehnte Austausch der Agrar- und der Industrieprodukte den innern Markt beherrschen müsste, ein besonderer Gefahrenzustand. Geübt in der Erkenntnis der Massenpsyche, arbeiten nun alle Kräfte in Partei und Staat auf ein neues Regulativ zum Entweichen angesammelter Enttäuschungen hin; ein Regulativ, das durch allseitige «Energieökonomie» zum positiven Wirtschaftsbolschewismus hinüberleiten soll.

Es ist kein Geheimnis in Russland und es dürfte auch keines im Ausland bleiben, dass gerade gegenwärtig die russische kommunistische Partei von einer scharfen Auseinandersetzungskrise befallen ist. Auch hierfür gilt, was schon anfänglich von der Art der Wirtschaftskrise gesagt worden ist, dass diese Krise nicht die erste ist und wohl auch nicht die letzte sein dürfte, aber sicherlich eine der schärfsten in den gegenseitig angewandten Mitteln ist.

Rykow als Staatslenker und *Bucharin* als Parteiführer haben in sehr ausführlichen Reden diese Parteikrise behandelt; kennzeichnend ist, dass die Veröffentlichungen des Rykowschen Stenogramms den Referentenhinweis trug: «Ich habe einige Stellen ausgelassen, deren Veröffentlichung in der Presse ich für unzweckmässig erachte.» Diese Einschränkung der Be-

richterstattung ohne Deutung hingenommen, bleibt immer noch genügend übrig, um zu sagen, die gegenwärtigen Auseinandersetzungen und der Meinungskampf in der R. K. P. drehen sich um nichts weniger als um die Verhinderung von Fraktionsbildungen in der Partei und damit um die Vermeidung der Spaltung der Partei!

Das Ergebnis der bisherigen Auseinandersetzung ist, dass zwei hervorragende Parteimitglieder durch Ausschlüsse — Sinowjew aus dem Politbureau und Laschewitsch aus der Kandidatenliste des Zentralkomitees der Partei — gemassregelt worden sind, womit eine an Laschewitsch gerichtete, aber auch für Sinowjew geltende Verwarnung geht, «dass er sich durch Fortsetzung des Fraktionskampfes ausserhalb der Partei stellen würde». Die Ursachen dieser Massregelung sind: «Einige Mitglieder der Partei — siehe oben — haben in grober Weise gegen die Satzungen der Partei verstossen, indem sie praktische Massnahmen zur Organisierung einer Fraktion unternahmen und zu diesem Zwecke illegale Versammlungen abhielten, eine Geheimchiffre für ihre Korrespondenz zusammenstellten, konspirative Standquartiere einrichteten. Eine der geheimen illegalen Versammlungen fand unter Vorsitz des Gen. Bjelenki in der Nähe von Moskau statt... Bjelenki reiste nach Odessa, organisierte dort eine dreigliedrige Kommission für die Fraktionsarbeit und korrespondierte mit dieser Dreierkommission unter Benutzung einer Geheimchiffre.» Um noch eine weitere Aufklärung zu geben über die unterschiedliche Behandlung der gegenwärtig Andersdenkenden gegenüber früheren ähnlichen Vorkommnissen mag ein weiteres Zitat hier Platz finden: «...Die Partei hat mit dem Gen. Trotzki viel grössere Meinungsverschiedenheiten als mit den Genossen Kamenew — der auch zu dieser Opposition gehört — und Sinowjew. Dazu kommt, dass Trotzki früher als die andern eine von der Partei abgelehnte politische Meinung formulierte. Die Partei ist mit den Genossen Kamenew und Sinowjew bedeutend länger zusammengegangen als mit Trotzki. Da aber Genosse Trotzki keine derartigen Spaltungsmassnahmen unternahm, wurde ihm gegenüber auch nicht zu Massnahmen gegriffen, die das letzte Plenum dem Genossen Sinowjew gegenüber beschlossen hat.»*

Man wird sich bei den Formen dieses Meinungskampfes in der R. K. P. denken können, dass es nicht um nebensächliche Dinge, sondern um eine Prinzipienfrage von höchster Bedeutung geht: Auf welche Bauernschichten soll sich vorerst der Bolschewismus beim Aufbau der sozialistischen Staatswirtschaft stützen? Soll der arme und mittelbegüterte oder nur der reichbegüterte Bauer die volkswirtschaftliche Basis vermitteln?

Wenn man sich entsinnen will, so ist hier schon oft von dieser Frage überhaupt und in andern Formulierungen gesprochen worden. In Verbindung mit der Tatsache, dass selbst bei allen Industrialisierungsbestrebungen die Sovietwirtschaft eine Agrarwirtschaft bleiben wird, ist verständlich, wie sehr diese Frage immer und immer wieder im Vordergrund steht, Diskussionen heraufbeschwört und nur sehr langsam und vorsichtig zu Teillösungen gebracht werden konnte. Verständlich, dass bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage des Sovietsstaates und dem stärker und stärker werdenden Drängen aus den Volksmassen nach einigermassen befriedigenden Wirtschafts- und Preisverhältnissen die Behandlung dieser Frage in der Partei derartige Formen annehmen kann. Gesteigert wird diese so geschaffene nervöse Spannung in der Partei bei den Staats- und Wirtschaftsführern und letztlich auch in den Proletarierschichten dadurch sehr erheblich, dass die dringlich verlangte Lösung nicht etwa als eine der Irrungen und Wirrungen sich schliesslich entpuppen darf, wie es so oft schon der Fall war. Gebieterisch verlangt so *diese* Stunde ihre Tat! Und zwar eine Tat, die für die Weiterentwicklung eines positiven Staatswirtschaftsbolischewismus alles bedeuten und vieles entscheiden, die aber auch die Wege versperren kann..

Die führenden Köpfe der Wirtschaft und des Staates sind sich dieser Situation bewusst; geschult in der materialistischen Geschichtsauffassung, überblicken sie im Geiste die grossen Revolutionen der Weltgeschichte und leben und wollen handeln in dieser historischen Gebundenheit und — glaubensfest und zukunftssicher — in der engen Dialektik des Leninismus. Und doch ist man sich bewusst: Der Leninismus als Dogma gegenüber den lebendigen Gesetzen der Fortentwicklung einer Agrarvolkswirtschaft wird immer und immer wieder die Entscheidung hinauszögern, wenn nicht mit aller Geschlossenheit die Partei einmal wenigstens dem Naturgesetz und nicht dem Dogma folgt! Das ist der Sinn des Kampfes um die Geschlossenheit der Partei, den Rykow in Erkenntnis der sehr realen und einfachen Gegebenheiten führt; das ist der einzige Sinn des Satzes: «Unsere Partei ist eine auf den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus, nicht auf der Theorie der gebornen Führer aufgebaute proletarische Partei.»

Oswald Zienau.

* Inzwischen hat die Opposition, obschon sie sich auf die meisten und prominentesten Führer erstreckt, sich den Beschlüssen des Zentralkomitees unterworfen und sich verpflichtet, die Parteizellen aufzulösen. Red.

Amtliche Zählung der Gewerkschafter in Nordamerika.

Die Frage nach der Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder in Nordamerika ist oft gestellt, aber niemals bestimmt beantwortet worden, weil es eine vollkommene Statistik nicht gab. Dies ist um so seltsamer für ein Land, das für alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens vorbildliche Statistiken hat und wo die langen, trockenen Zahlenreihen, von der Presse erläutert und lebendig gemacht, in alle Volkskreise getragen werden. Es hat nun allerdings nicht an Versuchen gefehlt, eine lückenlose Zählung der Gewerkschaftsmitglieder vorzunehmen. Die Bemühungen sind indessen hängen geblieben an der Geheimnistuerei vieler Gewerkschaften wie auch an dem Mangel einer regelmässigen Statistik der Organisationen. Vielfach galt es als Regel, die Zahl der Mitglieder nicht in die Oeffentlichkeit kommen zu lassen, um dem Gegner die «Stärke» nicht zu offenbaren. Nur über die Verbände, die dem Gewerkschaftsbund (American Federation of Labor) angeschlossen sind, wurde man regelmässig unterrichtet durch den Bericht des Bundesvorstandes, der alljährlich die Stimmstärke eines jeden der angeschlossenen Verbände für den Kongress mitteilte. Hinsichtlich der meisten nicht angeschlossenen Verbände aber tappte man im Dunkeln. Für diese Organisationen war man auf Schätzungen angewiesen, wobei natürlich die Phantasie nach oben wie nach unten viel Spielraum hatte.

Diese Misslichkeit gehört nun aber der Vergangenheit an. Das Washingtoner arbeitsstatistische Amt (Bureau of Labor Statistics) hat jüngst eine Zählung aller Gewerkschaften und ihrer Mitglieder vorgenommen. Dem staatlichen Amt haben auch die Gewerkschaften ihre Mitgliederzahl — aber vertraulich natürlich — genannt, die es mit der Geheimhaltung sehr streng nehmen. Das Ergebnis der Zählung ist in einem Sonderheft, benannt «Handbook of American Trade-Unions», zusammengefasst. Der Wert dieser Schrift gewinnt noch dadurch, dass sie von jeder Gewerkschaft einen geschichtlichen Abriss, ihr Unterstützungswesen,